

ND

25.11.92

## Die Konflikte in Ex-Jugoslawien

Der gesamte Balkanraum präsentiert sich als Zone verminderter Stabilität. Im Zentrum der internationalen Beachtung steht allerdings die Lage in den aktuellen (Bosnien-Herzegowina) und potentiellen (Kosovo, Sandzak, evtl Voivodina und Mazedonien) Konfliktzonen im ehemaligen Jugoslawien.

Die kroatischen und serbischen Interessenkoalitionen dürften ihre Kriegsziele in Bosnien weitgehend erreicht haben. Die bosnischen Muslime (in Verbindung mit "jugoslawisch" denkenden Kroaten und Serben), die ursprünglich 44 % der bosnischen Bevölkerung ausmachten, sind hingegen auf ein Territorium von weniger als 10 % der Landmasse Bosniens zurückgedrängt, was eine Beilegung der Konflikte aus ihrer Sicht als Selbstaufgabe erscheinen liesse. Im Kosovo nimmt der serbische Druck auf die albanische Mehrheitsbevölkerung weiter zu. Das serbische Ziel dürfte da sein, möglichst viele Albaner zur Abwanderung (auch nach Westeuropa!) zu bewegen, um sich mit möglichst geringem Aufwand dieses für sie historisch offenbar so wichtigen Gebietes zu bemächtigen.

Ein Ende der Konflikte ist nicht in Sicht. Das wahrscheinlichste Szenario sieht kroatische und bosnisch-muslimische Bemühungen zur Wiedergewinnung verlorenen Territoriums spätestens für das Frühjahr 1993 vor. Es ist dabei nicht auszuschliessen, dass sich die infolge UNO-Embargos ohne bedeutende Waffen kämpfenden Muslime zu Verzweiflungstaten (Sprengung von Chemiedepots, Terror gegen Serben in Serbien, Terror gegen UNO-Einrichtungen und allgemein Suche nach Internationalisierung des Problems) gezwungen sehen werden. Innerhalb Serbiens ist trotz steigendem Einfluss von Panic vorläufig kaum mit einem Macht- und damit auch nicht mit einem Kurswechsel zu rechnen; der Ausgang der von Panic für Mitte Dezember angesetzten gesamt "jugoslawischen" Wahlen ist zudem völlig ungewiss. Internationale Ächtung und Wirtschaftsembargo dürften nun zwar etwas energischer betrieben werden, hatten aber bisher eher den Effekt eines noch engeren Zusammenschlusses des sich vom Ausland verraten und missverstanden fühlenden serbischen Volkes.

Die vom serbischen Staatsterrorismus bedrängten Kosovo-Albaner dürften erkannt haben, dass Serbien eines Vorwands bedarf, um eine Vertreibungskampagne zu legitimieren. Eine Eskalation dürfte trotz omnipräsentem serbischen Druck auf kurze Sicht auszuschliessen sein. Ähnliches gilt für die Minderheiten in der ebenfalls von Serbien annektierten Voivodina.



## ND-VERTRAULICH

Zusammenfassend kann gesagt werden:

- 1) Nachrichtendienstlich sprechen weiterhin kaum Indizien für eine als kurzfristig bedrohlich zu wertende Erhöhung der Spannungen im Kosovo, in der Voivodina oder in Mazedonien.
- 2) Die Flüchtlingsprobleme, mit denen Europa, die Nachbarstaaten der Schweiz und die Schweiz selbst in den kommenden Wochen zu rechnen haben wird, dürften den an dieser Stelle wiederholt geäußerten Kriterien entsprechen. Der Wintereinbruch dürfte es verschiedenen Flüchtlingsgruppen unmöglich machen, das Ausland zu erreichen. Auch ist vermehrt mit Mangelsymptomen und ansteckenden Krankheiten unter Flüchtlingen zu rechnen.
- 3) Die UNO spielt mit ihrem Peace-Keeping-Mandat nach der Aufstockung des im ehemaligen Jugoslawien stationierten Personals um ca 7000 Mann dieselbe Rolle wie zuvor: Waffen werden allein zur Selbstverteidigung eingesetzt; ihre Aufgabe ist die Durchsetzung der Sanktionen, des Vance-Plans und die Durchführung und Sicherung von humanitären und medizinischen Hilfsprogrammen.
- 4) Ob ein *Peace-Enforcement* bevorsteht, kann nachrichtendienstlich nicht beurteilt werden. Es gibt nach wie vor kaum Anzeichen, die für einen solchen Einsatz auf kurze Sicht sprechen. Prinzipiell bedeuten die neuen Weisungen zur Durchsetzung der Sanktionen und zur Selbstverteidigung mit verhältnismässigen Mitteln allerdings bereits eine Verschärfung des bisherigen Auftrages.

### 1. Bosnien-Herzegowina

Die zurzeit wichtigsten *lagebestimmenden* Elemente sind

- ▶ die **hohe Intensität der Kampfhandlungen** an praktisch allen Fronten in Bosnien-Herzegowina. Das deutliche Schwergewicht liegt dabei im Bereich der irregulären Verbände und Gruppierungen, wobei die Auseinandersetzungen immer mehr die Form von Terrorismus und Bandenkrieg mit klarer ethnischer Zielsetzung annehmen. Reguläre Formationen sind insgesamt nur in untergeordnetem Masse an den Kämpfen beteiligt. Dabei dürften insgesamt ca 200.000 Bewaffnete an den Kämpfen in Bosnien-Herzegowina beteiligt sein (ca 75.000 Serben, 35.000 Kroaten, 85.000 Muslime). Die serbisch-bosnischen Verbände sind weiterhin sehr aktiv und haben mit der Eroberung von Bosanski Brod einen weiteren wichtigen Teilschritt zur Schaffung eines Korridors zwischen dem Stammland und der Krajina getan. Die bosnisch-kroatischen und gross-serbischen Interessenkoalitionen dürften ihre Ziele in Bosnien auf Ko-

## ND-VERTRAULICH

sten der Muslime weitgehend erreicht haben. Es zeigen sich immer wieder Unterschiede in den Zielsetzungen der muslimisch-kroatischen Koalitionspartner. Gerüchte, wonach sich Kroaten und Serben über eine Aufteilung Bosniens insgeheim geeinigt hätten, können nachrichtendienstlich nicht bestätigt werden.

- ▶ die **zunehmende Erschwerung der Rahmenbedingungen für militärische UNO-Massnahmen**. Der Einbruch des Winters, aber auch die beabsichtigte Verschärfung der Sanktionen bringen die in Bosnien stationierten UN-Kontingente zunehmend unter Druck. Eine Erhöhung der gegen UN-Mannschaften und -Einrichtungen gerichteten Gewaltbereitschaft (vor allem serbischerseits) zeichnet sich ab. Kroatien will ohnehin das im Frühjahr 1993 auslaufende UNO-Mandat für die serbisch besetzten Gebiete in Kroatien nur dann verlängern, wenn der Vance-Plan auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden kann. Zusätzlich stellt sich für die UNO das zunehmend dringend werdende Problem der Finanzierung ihrer Einsätze.
- ▶ die **witterungsbedingte Verschärfung der Lage der Flüchtlinge** in und aus Bosnien.

Bezüglich der **Entwicklungsmöglichkeiten** sind drei wesentliche Grundoptionen zu unterscheiden:

- ▶ Falls kein die humanitären Leistungen übersteigendes Eingreifen von aussen erfolgt, dürfte sich an der derzeitigen Situation in allen Bereichen kaum Wesentliches verändern:
  - Die relative politische Stabilität der serbischen Regierung dürfte anhalten, obwohl sich die Position des "jugoslawischen" Premiers Panic gegenüber der des serbischen Präsidenten Milosevic konsolidieren dürfte. Von der kontinuierlichen Zunahme der Flüchtlingsproblematik im Gesamttraum ist auszugehen. Mit einer Erhöhung der Spannung durch die nun begonnene Ansiedlung von serbischen Flüchtlingen im Kosovo und in der Voivodina sowie dem Sandzak bei gleichzeitiger Aussiedlung von Einheimischen ist auszugehen.
  - Die Verschlechterung der wirtschaftlichen und versorgungsmässigen Lage insbesondere in Bosnien-Herzegowina, wie auch die weiterhin erhebliche Umgehung der Sanktionen (mit Hilfe u a von Griechenland, Rumänien, der Ukraine und Russland) durch Restjugoslawien dürften anhalten. Die angekündigte Verschärfung der Seeblockade dürfte dabei vorerst wiederum vor allem die bosnischen Muslime und die Kroaten treffen.

## ND-VERTRAULICH

- Verschiedenste Hinweise lassen zunehmend den Schluss zu, dass zumindest Teile der Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina daran sind, ihre operativ-strategischen Ziele zu erreichen resp erreicht haben. In der Folge dürfte es dann darum gehen, diese in möglichst vollumfänglichem Masse auch realpolitisch umzusetzen. Den *bosnischen Serben* resp der *Bundesrepublik Jugoslawien* dürfte es darum gehen, den grössten Teil des Territoriums Bosnien-Herzegowinas unter ihre Kontrolle zu bringen, um in nachfolgenden Verhandlungen dank der erfolgten ethnischen Säuberungen das Gros davon zu erhalten, eine redundante und ausreichend breite Landverbindung zu den in Kroatien besetzten Gebieten in Besitz zu bringen, insbesondere das kroatische Slawonien aus wirtschaftlichen Gründen zu erhalten und einen Zugang zum Mittelmeer, welcher nicht auf montenegrinischem Gebiet liegt, zu erreichen. Den *bosnischen Kroaten* dürfte daran liegen, ein möglichst grosses, arrondiertes Territorium im Sinne der ethnischen Kantonalisierung Bosnien-Herzegowinas zu erreichen (in diesem Sinne besteht durchaus eine Interessenvereinbarkeit mit den bosnischen Serben, was die Zukunft Bosnien-Herzegowinas betrifft), sich der Zusammenarbeit mit den muslimischen und teilweise auch den nationalkroatischen Kräften zu diesem Zwecke zu bedienen und zumindest eine stabile Verbindung zu Kroatien aufrechtzuerhalten. Die *muslimischen* Kräfte dürften alles daran setzen, die territorialen Verluste möglichst gering zu halten, zumindest traditionell muslimische Zentren in ihrer Hand zu behalten resp zurückzuerhalten, um weiterhin als ernstzunehmender politischer Faktor auf dem Territorium Bosnien-Herzegowinas existieren zu können. *Kroatien* dürfte es zumindest seit dem Abschluss des Verteidigungsbündnisses mit Izetbegovic darum gehen, günstige operativ-strategische Voraussetzungen zu schaffen, um nach Abzug der UNPROFOR die serbischen Kräfte aus den besetzten Gebieten zu vertreiben und mittels punktuellen Geländegewinnen in Bosnien Voraussetzungen zu schaffen, um eine Art Cordon sanitaire gegen künftige serbische Angriffe zu kreieren. Militärisch ist weiterhin mit erheblichen Einzelaktivitäten ohne wesentliche Gewinne für beide Seiten zu rechnen. Dabei dürften die bosnischen Muslime (reguläre und irreguläre) zunehmend von internationalen islamischen Interessengruppen unterstützt werden.
- ▶ Bei einem mehr als punktuellen militärischen Eingreifen von aussen - einer Option, die momentan von sekundärer Bedeutung ist (die theoretische Schaffung einer flugfreien Zone über Bosnien/UNO-Resolution 781 dürfte sich praktisch sehr schwer umsetzen lassen) - würde sich die Situation für die

## ND-VERTRAULICH

direkt betroffene Zivilbevölkerung nur örtlich und zeitlich begrenzt verbessern:

- Eine massive Verhärtung der serbisch-nationalistischen Positionen (insbesondere auch bei Angriffen auf serbisches Territorium) ist in Rechnung zu stellen.
  - Die Flüchtlingsproblematik dürfte sich kaum verändern, da ein sicheres Verbleiben am Ort nicht gewährleistet werden kann.
  - Der irreguläre Kampf im Bereich Terror und Bandenkrieg dürfte zumindest vorübergehend an Systematik und Wirkung einbüßen, vermutlich aber in neuer eher noch grausamerer Form (auch gegen Interventionskräfte resp deren Herkunftsländer) punktuell weitergeführt werden.
  - Im Bereich regulärer Streitkräfte dürfte sich die Situation für die kroatisch-muslimische Seite verbessern und möglicherweise weite Teile der serbisch-bosnischen Kräfte in die Irregularität resp den Partisanenkampf treiben. Damit dürfte ein "Targeting" ausserordentlich schwierig werden.
- ▶ Das reine Zuführen von Waffen und Geräten an Kroatien und die kroatischen und bosnisch-muslimischen Kräfte in Bosnien-Herzegowina könnte insbesondere für die Zivilbevölkerung verheerende Folgen zeitigen.

*Wirtschaftlich* ist generell eine Verschlechterung der Lage in allen Teilen evident:

- ▶ Kroatien leidet unter den Flüchtlingen, das Absinken des Lebensstandards kann in zunehmendem Masse nicht mehr durch Zuwendungen aus der kroatischen Auslands-Diaspora aufgefangen werden.
- ▶ In Bosnien-Herzegowina dürften inzwischen in einigen eingeschlossenen Gebieten mit muslimischer Bevölkerung Hungersituationen herrschen. Die Seuchengefahr nimmt zu, ebenso Gesundheitsgefährdung durch Kälte.
- ▶ Die Wirtschaftsblockade in Serbien dürfte sich weiterhin schwer realisieren lassen und insbesondere auf dem Landweg (Griechenland, Mazedonien als Drehscheibe, Rumänien) unterlaufen werden.

Ein militärisches Eingreifen von aussen dürfte wenig wahrscheinlich bleiben. Die Aufteilung Bosniens unter Kroaten und Serben dürfte demnach vollendete Tatsache sein, wenn auch die Gebietsgrenzen noch zu bestimmen sein werden. Verlierer auf allen Ebenen sind die bosnischen Muslime, die aber alleine zu schwach für eine entscheidende Kampagne bleiben dürften. Nach der weitgehenden "Bereinigung" des bosnischen Problems durch Serben und Kroaten dürften sich die Konfliktkoalitionen neuen Problemen zuwenden: dem der Albaner im Kosovo

## ND-VERTRAULICH

und der Frage nach dem Status der serbisch besetzten Gebiete innerhalb des ehemaligen Kroatien.

## 2. Kosovo und Voivodina

Nach der aus serbischer Sicht militärpolitisch nahezu bereinigten Lage in Bosnien-Herzegowina dürfte das künftige Eskalationspotential im ehemaligen Jugoslawien trotz den Ankündigungen von Panic im Kosovo und im Sandzak-Gebiet, aber auch in der Voivodina liegen. Ein erster Schritt zu einer Erhöhung des Drucks auf diese Gebiete besteht in der gegenwärtig stattfindenden Veränderung der Bevölkerungsverhältnisse durch verstärkte Ansiedelung von Serben. Vermehrt wird auch der Ruf nach der Eröffnung einer "Südfront" vernehmbar, die dann möglicherweise auch Albanien und Mazedonien in Mitleidenschaft ziehen würde.

Serbien verfolgt weiterhin das Kriegsziel der Schaffung eines Gross-Serbiens, das sich von Rumänien bis ans Mittelmeer erstreckt und die für Serbien historisch wichtigen Gebiete umfasst. Dabei wird auch das Kosovo aus historischen Gründen beansprucht. Allerdings wäre dann eine Reduzierung der zu 90% albanischen Bevölkerung sehr willkommen. Dies vor allem auch aus wirtschaftlichen Gründen, war das Kosovo doch schon im ehemaligen Jugoslawien die mit Abstand ärmste Gegend. Unter serbischem Druck betrifft die Arbeitslosigkeit nach letzten Angaben schon 70% der arbeitsfähigen Bevölkerung (mit steigender Tendenz). Eine "ethnische Säuberung" des Kosovo zum Ziel der Schaffung von "Lebensraum" für Serben wäre innenpolitisch unter den gegebenen Umständen durchaus opportun.

Während über die möglichen serbischen Ziele einige Klarheit herrscht, bleiben die der Kosovo-Albaner diffus. Das Stimmvolk hat sich zwar mit überwältigender Mehrheit für die gewaltlos ausgerichtete autonomistische Bewegung Rugovas entschieden. Rugova selbst sucht nach eigenen Angaben die Unabhängigkeit. Wie diese aber erreicht werden und was sie beinhalten (Selbstverwaltung, Austritt aus Restjugoslawien, Anschluss an Albanien oä) sollte, bleibt unklar, ebenso ist keine Instradierung einer Verselbständigung zu erkennen.

Für das Kosovo stehen als **Entwicklungsmöglichkeiten** im Vordergrund:

- ▶ *Fortsetzung/Verschärfung des serbischen Drucks, keine organisierte Reaktion der geknechteten Minderheiten-Bevölkerung, teilweise langsame Abwanderung in Nachbarstaaten und nach Westeuropa,*

## ND-VERTRAULICH

- ▶ *Eskalation des Konfliktes,*
- ▶ *Aufteilung des strittigen Gebietes* unter interessierte Staaten (z B Serbien, Mazedonien, Albanien), mit dem Ziel der Schaffung eines "ethnisch reinen" zu Serbien gehörenden Teil-Kosovo.

Eine Erhöhung des Konfliktniveaus im Kosovo dürfte angesichts der geographischen Situation unmittelbar zu Opfern bisher noch unerahnten Ausmasses führen. Albanien wäre als Aufnahmeland für Flüchtlinge betroffen, wohl auch Mazedonien und (*nolens volens*) Griechenland. Ein militärisches Eingreifen Albaniens dürfte trotz eindeutiger Drohgebärde unwahrscheinlich sein.

Der von einigen Journalisten vertretenen "balkanischen DOMINO-Theorie", wonach ein bewaffneter Konflikt im Kosovo (möglicherweise auch ein Konflikt zwischen Albanern und Mazedoniern in Mazedonien) automatisch ein bewaffnetes Eingreifen von Albanien, dann auch den Einbezug Bulgariens, Griechenlands, ja der Türkei bedeuten würde und letztlich das nordatlantische Bündnis in Frage stellen könnte, dürfte keine hohe Wahrscheinlichkeit zuzuordnen sein.

Denkbar ist hingegen folgendes Szenario: ein Anschwellen des auf serbische Repressionen folgenden Flüchtlingsstroms nach Albanien führt zu einer Destabilisierung der inneren Lage Albaniens. Griechenland dürfte sich verpflichtet fühlen, der griechischen Minderheit in Albanien beizustehen, was wiederum die Albanien in verschiedenen Zusagen verbundene Türkei auf den Plan rufen dürfte. Ähnlich dürfte eine Bevölkerungszunahme im albanisch besiedelten Teil Mazedoniens zu einer Destabilisierung führen, die ausländische Kräfte (Bulgarien, Griechenland, Albanien, Türkei) zu einer Einflussnahme bewegen könnte.

Von den drei angesprochenen Entwicklungsmöglichkeiten dürfte *ceteris paribus* die *erste* am wahrscheinlichsten sein. Die Kosovo-Albaner haben kein Interesse an einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Das Kosovo dürfte - ohne Meeranstoss, mit kaum entwickelter Industrie und zum Grossteil von Subventionen und den Geldern der im Ausland lebenden Landsleute abhängig - kaum überlebensfähig sein. Die Kosovaren haben - trotz der vagen Verselbständigungsdoktrin - kaum eine reelle Chance für den wirtschaftlichen und politischen Alleingang. Das dürfte auch dem Grossteil der Bevölkerung klar sein und die relative Absenz von gewaltsamen Reaktionen gegen die serbische Unterdrückungspolitik begründen. Unterdrückt waren die Kosovo-Albaner zudem schon in den letzten Jahren des ehema-

## ND-VERTRAULICH

ligen Jugoslawien. Es ist damit zu rechnen, dass ein gewisser Gewöhnungseffekt an Repressionen stattgefunden hat und auch von den Serben - cf die wellenförmigen Bewegungen im Repressionskalender - beabsichtigt wird: Suspendierung der ärztlichen Versorgung etc führen zu einer Eindämmung des Bevölkerungswachstums, zu Gewalt (wenig, aber oft), zu einer teilweisen Abwanderung jener Elemente, die sich in Westeuropa eine Existenz aufbauen können, also wohl überproportional die gebildeteren und die asozialen Elemente.

Albanien, das sich immer wieder für die Unabhängigkeit des Kosovo und zeitweise auch für eine Vereinigung ausgesprochen hat, dürfte diese letztlich doch nicht anstreben, würden doch die 2 Mio muslimischen Kosovaren das konfessionelle Gleichgewicht im jetzigen Albanien zwingend verändern. —

Die systematische Erhöhung der Arbeitslosigkeit dürfte in einem Gebiet, das sich in der Hauptsache durch Subsistenzlandwirtschaft und von Zuwendungen von im Ausland tätigen Familienmitgliedern ernährt, zwar einschneidend, aber nicht existenzbedrohend sein.

Auch serbischerseits dürfte die erste Entwicklungsmöglichkeit im Vordergrund stehen. Das Amselfeld ist zwar historisch interessant und wird deshalb für Serbien reklamiert. Doch ist zu berücksichtigen, dass sich der serbische Nationalismus angesichts der vorherrschenden Armut in Grenzen halten dürfte (Kroatien und Bosnien-Herzegowina waren für Plünderungen recht geeignete Gegenden); die wirtschaftliche Lage in Serbien selbst lässt diese Option, die Albaner langsam abzudrängen, für die serbische Seite vorteilhaft erscheinen. Ereignisse, welche sich als Anlass für eine Ausweitung der Gewalt durch die serbische Seite hätten ausnützen lassen, hat es zudem schon öfters gegeben.

Eine von serbischer Seite herbeigeführte Eskalation stünde nur dann im Vordergrund, wenn die Operation schnell und ohne überbordende Kosten ablaufen könnte. Ein bedeutender Teil der Führung der Kosovaren dürfte erkannt haben, dass Serbien einen Vorwand für eine militärische Eskalation sucht, und deshalb ihrem Volk Gewaltlosigkeit verordnet haben. Mit der Inhaftierung der kosovarischen Führungspersönlichkeiten dürften die Serben nach einer Möglichkeit suchen, der Gewalt weniger abgeneigte Elemente unter den Kosovaren hochkommen zu lassen.



## ND-VERTRAULICH

Die Kosovo-Albaner dürften sich ihrerseits nur durch massive Gewaltakte der serbischen Besetzer, welche bisher nicht stattgefunden haben (cf Repressionskalender oben), das (vorläufig unwahrscheinliche) Ausbleiben der wirtschaftlichen Unterstützung von aussen und dem daraus sich ergebenden wirtschaftlichen Zusammenbruch zu einer Eskalation des Konfliktes treiben lassen.

Eine Eskalation der Gewalt im Kosovo ist aus obgenannten Gründen nicht ausgeschlossen, wohl aber kurzfristig wenig wahrscheinlich. Wahrscheinlich hingegen scheint ein serbisches Vorgehen mit der Beibehaltung des serbischen Druckes resp dessen Erhöhung, in einer zweiten Phase eine Aufteilung des umstrittenen Gebietes nach Interessensphären (Option 3).

In der Voivodina, in welcher die ungarische Bevölkerung ohnehin in der Minderheit war, die jetzt noch durch Abwanderung vor allem der wehrfähigen Männer geschwächt wurde, ist mit Unruhen grösseren Ausmasses kaum zu rechnen, wohl aber mit einer Intensivierung der Serbisierungspolitik.

### 3. Serbisch besetzte Gebiete in Kroatien

Für Kroatien dürften vor allem die fruchtbaren landwirtschaftlichen Gebiete von West- und Ostslawonien im Vordergrund stehen, die nun serbisch besetzt sind. Die ansässigen Serben widersetzten sich bisher - unter UNO-Schutz - erfolgreich einer Wiederansiedelung von Kroaten. Es ist zu erwarten, dass Kroatien bereit ist, zumindest diese serbisch besetzten Gebiete mit Gewalt zurückzuholen. Wahrscheinlich ist eine Offensive im Frühjahr 1993. Der kroatische Präsident Tudjman hat bereits mehrmals öffentlich erklärt, Kroatien habe ein Interesse an einer Verlängerung des UNO-Mandats für die serbisch besetzten Gebiete in Kroatien nur dann, wenn der Vance-Plan auch mit Waffengewalt durchgesetzt werden könne, was weiterhin wenig wahrscheinlich ist.

### 4. Zu einer möglichen Intervention Serbiens in Mazedonien

Vorausschickend zu bemerken ist, dass bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen ein unbesetztes, weiterhin wirtschaftlich völlig uninteressantes, kaum von serbischen historischen Ansprüchen belastetes, aber Serbien gewogenes Mazedonien ("Südserbien") als wirtschaftliche Drehscheibe der serbischen Sache mehr nützt als ein unter Einsatz der für eine mögliche Intervention im Kosovo benötig-

## ND-VERTRAULICH

ter Kräfte besetztes. Deshalb dürfte der Option *Erhaltung eines destabilisierten Mazedonien Vorrang* zu geben sein.

Eine serbische Intervention gegenüber Mazedonien wäre auf drei Ebenen denkbar.

1) als *politischer* Vorstoss:

- ▶ die sich akzentuierende Verselbständigungstendenz der albanischen Bevölkerungsteile (ca 40%) in Mazedonien wird von Serbien zum Anlass genommen, Mazedonien zur "Heimkehr ins Reich" aufzufordern und entsprechenden Druck auszuüben (Mazedonien ist wirtschaftlich und versorgungsmässig mittelfristig kaum überlebensfähig).
- ▶ die Territorialansprüche der Nachbarstaaten Bulgarien und Griechenland werden zum Anlass genommen, eine Aufteilung (eventuell unter Beibehaltung eines symbolischen Restmazedoniens) vorzuschlagen.

Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen dürfte die politische "Intervention" im Sinne der ersten Option im Vordergrund stehen.

2) als *militärische* Vorgehensmöglichkeiten sind (gemäss dem in Kroatien und Bosnien vorherrschenden Muster) denkbar :

- ▶ vorerst ein Vorgehen durch irreguläre Truppen als Weichmacher (Massenfluchten, allgemeine Desorganisation),
- ▶ erst an zweiter Stelle ein eigentlicher Einmarsch serbischer Truppen im Verbund mit irregulären Verbänden. Der serbische Anteil an der mazedonischen Bevölkerung beträgt ca 3 Prozent, ohne deutliche Konzentration in einem Gebiet. Der Vorwand für ein serbisches Eingreifen in Mazedonien dürfte demnach kaum die Selbständigkeitserklärung der dortigen Serben ("mazedonische Krajina") sondern eher (fingierte oder provozierte) Übergriffe auf die serbische Minderheit sein. Angesichts des kleinen serbischen Bevölkerungsanteils werden sich die Interventionskräfte auch deutlich als "Jugoslawische Streitkräfte" und nicht als "serbisch-mazedonische Territorialverteidigung" (vgl Kroatien und Bosnien) zu erkennen geben müssen. Die internationale "Legitimierbarkeit" des Einsatzes dürfte demnach sehr gering sein. Als militärische Interventionskräfte kämen in Frage vor allem die im Frühjahr 1992 "vorübergehend verlegten" Truppen des dritten Militärbezirks (ehemals Skopje, nun Nis) in Frage. Der dritte Militärbezirk dürfte derzeit aus 2 Korps mit insgesamt rund 6 Kampfbrigaden und Unterstützungstruppen bestehen.

## ND-VERTRAULICH

Wahrscheinlich wäre ein militärischer Vorstoss entlang des Vardar-Tals (Zweiteilung des ansonsten relativ unwegsamen Mazedoniens, Isolierung der muslimisch-albanischen Bevölkerung im Westteil) zwecks der von serbischen Politikern immer wieder geforderten Schaffung einer serbischen Grenze zum Serbien geneigten Griechenland ("orthodoxe Allianz").

Unter gleichbleibenden Rahmenbedingungen dürften beide militärische Optionen Posteriorität haben. Allenfalls denkbar wäre

- ▶ ein nicht mit Serbien abgesprochenes terroristisches Vorgehen der serbischen Mazedonier (Sechelj-Gruppe) gegen Mazedonier oder Mazedonien-Albaner mit dem Ziel der Schaffung einer Situation, die nach serbischem Eingreifen zugunsten der bedrohten Volksgenossen schreit. Aber auch in diesem Falle dürfte der Grundsatz "one war at a time, and that right" gelten, also mit einer sehr limitierten Unterstützungsbereitschaft vonseiten Serbiens zu rechnen sein.

### 3) Denkbar ist schliesslich ein *kombiniert politisch-militärisches* Vorgehen

- ▶ auf Basis eines an Serbien ergehenden Hilferufes (nach WAPA-Vorbild) oder
- ▶ unter Ausnutzung der Territorialansprüche der Nachbarstaaten: die Aufteilung Mazedoniens wird als *fait accompli* kolportiert, der von den Serben sich selbst zugewiesene Teil einstweilen besetzt, Griechenland und Bulgarien zur Besetzung ihrerseits der ihnen zugewiesenen Teile ermutigt. Dieses Vorgehen hätte für Serbien einige Vorteile:
  - Grenze zu Griechenland könnte auf kostengünstigere Weise geschaffen werden;
  - der internationale *Furor* könnte auch auf GR und BG abgelenkt werden;
  - Flüchtlingszüge würden sich vorerst nicht in Nachbarstaaten sondern innerhalb der Grenzen des alten Mazedoniens bewegen.

Unter gleichbleibenden Rahmenbedingungen dürfte auch diese Option vorläufig nicht zum Tragen kommen.

## Implikationen für die Schweiz

Für Westeuropa und die Schweiz dürften weiterhin folgende *Implikationen des "Jugoslawien"-Konfliktes* im Vordergrund stehen:

- ▶ Bei einer militärischen Intervention ersuchen NATO/WEU die Schweiz um Überflugsrechte bzw um die Benützung von Alpentransversalen. Dies sowohl für Flüge/Transporte rein humanitärer Natur als auch für Kriegsmaterial- und Kampftruppentransporte.

## ND-VERTRAULICH

- ▶ Die UNO ersucht die Schweiz um die Entsendung von Medical Units und/oder Beobachtern (beispielsweise zur Überwachung von Versorgungskorridoren) oder stellt Begehren zur Aufnahme und Pflege von Kriegsverwundeten oder auch von pflegebedürftigen Insassen von Gefangenenlagern. Angesichts der finanziellen Engpässe der UNO ist auch ein entsprechendes Ersuchen an die Neutralen denkbar. Die guten Dienste der Schweiz könnten allenfalls auch zur Vermittlung im Konflikt beispielsweise durch die Organisation einer weiteren Friedenskonferenz gefragt sein;
- ▶ Eine von einer UNO-Resolution sanktionierte militärische Intervention lässt die UNO aus serbischer Perspektive als Kriegspartei erscheinen; Neutralität dürfte vor etwaigen Terrorschlägen gegen Personen oder Einrichtungen in Westeuropa nicht schützen.
- ▶ Schliesslich könnten die Neutralen im Rahmen umfassender internationaler Aktionen und angesichts einer breiten internationalen Solidarität vor die Frage gestellt sein, ob und wie weit die Aktivitäten der diplomatischen Vertretung Restjugoslawiens in ihren Hauptstädten nicht eingeschränkt oder gar unterbunden werden müssten.
- ▶ Es ist weiter auch sehr wahrscheinlich, dass die Schweiz nach Beilegung des Konfliktes um Experten und Know-how beim Wiederaufbau der zerstörten Einrichtungen gebeten wird.
- ▶ Die Veranstaltung von "Jugoslawien"-Konferenzen durch die Schweiz selbst scheint zu diesem Zeitpunkt wenig opportun und dürfte auch kaum erfolgsträchtig sein.

Als *Risiken und Gefahren für ganz Westeuropa* stehen weiterhin im Vordergrund:

1. Ein Übergreifen der Konflikthandlungen auf in Westeuropa lebende Emigrantengruppen ist nicht auszuschliessen. In der Tat dürften die westeuropäischen Polizeiorgane bereits flächenweise die Kontrolle über die eingereisten Ex-Jugoslawen verloren haben.
2. Verzweiflungstaten innerhalb und ausserhalb des ehemaligen Jugoslawien können in zunehmendem Masse nicht mehr ausgeschlossen werden (Umwelt- und andere Formen des Terrorismus).
3. Eine Zunahme der ins Ausland verlegten "Beschaffungskriminalität" (Drogenhandel etc zur Mittelbeschaffung) ist zu erwarten. Auch im Falle einer (vorläufig unwahrscheinlichen) friedlichen Beilegung wird sich die Kriminalität in Westeu-

## ND-VERTRAULICH

ropa für verschiedene Flüchtlinge, aber auch "Kriegshelden", als Karrieremöglichkeit anbieten.

4. Das Fortdauern der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien hat in seinen religiösen Aspekten bereits zu einer gewissen Polarisierung in Europa geführt ("Katholiken" vs "Orthodoxe" vs "Muslime"). Eine weitere Polarisierung - insbesondere durch aktive Solidarisierung islamisch geprägter Nationen (Türkei) mit den bosnischen Muslimen - ist nicht auszuschliessen und könnte die Einigkeit innerhalb der NATO noch weiter auf die Probe stellen.

5. Die sich in der westeuropäischen Öffentlichkeit abzeichnende zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern (akzentuiert durch die Wirtschaftslage, die illegale Immigration und die allgemeine aus dem Zerfall des ehemaligen Ostblocks resultierende Verunsicherung) wendet sich vorerst zwar vor allem gegen Türken und Nordafrikaner. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass sich die Ausländerfeindlichkeit in Kürze auch gegen Asylsuchende, Flüchtlinge und Gastarbeiter anderer Nationalitäten richten wird. Nachdem das ehemalige Jugoslawien in den westeuropäischen kriminellen Täterschaftsstatistiken in verschiedenen Sparten in den vordersten Rängen Erwähnung findet, könnte sich zumindest in den Staaten mit grossem "Jugoslawen"-Anteil der Volkszorn gegen diese Gruppe Ausländer richten.